

tagswahl 2005 ziemlich abrupt und rüde die Möglichkeit einer Koalition oder Zusammenarbeit mit der SPD verworfen. Inzwischen hat sich etwas geändert. Heute würde man eher darüber nachdenken und wäre wohl Gesprächsbereit. Auf kommunaler oder Landesebene sollte auch eine Annäherung zwischen Liberalen und GRÜNEN möglich sein, insbesondere in Berlin, wo sich beide Parteien schon relativ nah sind. Ansonsten bin aber eher skeptisch, ob das menschlich, emotional und politisch überhaupt geht. Vielleicht müsste erst noch eine neue Führungsgeneration in beiden Parteien nach oben kommen.

NG/FH: Der personelle Faktor, der damals 2005 nach der Bundestagsneuwahl gegen jede Zusammenarbeit zwischen Liberalen und GRÜNEN sprach, hieß Joschka Fischer, der auf jeden Fall das Außenressort für sich beansprucht hätte, was schon des-

halb nicht gegangen wäre, weil die FDP bei den Wahlen besser abgeschnitten hat als die GRÜNEN. Nach seinem Politikausstieg gibt es keinen Außenministerkandidaten der GRÜNEN mehr.

Dittberner: Gewiss, aber dafür gibt es Claudia Roth und ihre ganze Klientel, die man sich an der Seite der Liberalen kaum vorstellen kann. In der FDP gibt es schwere Bedenken, zum Beispiel das Vorurteil: Das sind die Alt-68er, die Berufsfaulenzler, die mit dem Sozialstaat aufsteigen oder wie Westerwelle einmal gesagt hat: Die haben damals mit einem soziologischen Vierer-Examen immer noch einen Job beim Staat gefunden. Vielleicht findet ja im Moment ein Umdenken statt. Denn wenn Machtfragen anstehen, sind manche menschlichen und ideologischen Hindernisse auch überwindbar.

NG/FH: Herr Prof. Dittberner, vielen Dank für dieses Gespräch.

Dokumentation

Claus Offe

Was ist »Sozialliberalismus«?

Charakteristik einer neuen Gesellschaftspolitik

Erstens: Sowohl marktliberale wie sozialliberale Politiken unterscheiden sich von den kontinentaleuropäischen (»Bismarck'schen«) gesellschaftspolitischen Traditionen dadurch, dass sozialpolitische Leistungssysteme mit Vorrang »vorsorgend«, genauer: zur Eigenvorsorge befähigend ausgelegt sind. Bedarfs- und Notlagen sollen nicht *ex post* nach einem Äquivalenzkalkül kompensiert, sondern *ex ante* in der Weise vermieden werden, dass die potenziell von ihnen Betroffenen dazu befähigt werden, ihnen (ausreichende Um- und Weitsicht, sozusagen die Solidarität der Akteure mit ihrem eigenen zukünftigen Selbst immer vorausgesetzt!) aus dem

Wege zu gehen bzw. sie durch eigene Anpassungsleistungen zu bewältigen. Was in den Ansätzen der sozialliberalen Sozialpolitik vorherrscht, ist eine *downstream*-Perspektive: sie schafft im angestrebten Idealfall eine materielle und qualifikatorische »Grundausrüstung« als zureichende Voraussetzung für das Gelingen einer in der Zukunft liegenden individuellen Erwerbsbiografie, während die Bismarck'sche Tradition einer *upstream*-Logik folgt, indem sie in vorausliegenden Lebensphasen bereits erbrachte Erwerbserfolge durch (eingeschränkt) proportionale Lohnersatzleistungen und andere soziale Rechte honoriert. Aus dieser Sicht ist die

Altersrente ein »Lohn für Lebensleistung«, die dem »braven Beitragszahler« (*Norbert Blüm*) hoheitlich gewährt wird. Die sozialpolitischen Institutionen der kontinentaleuropäischen Tradition sind also vorwiegend »belohnend« ausgelegt; sie wirken als disziplinierender Anreiz auf den Arbeitnehmer, seine Erwerbsbiografie mit Beständigkeit durchzuhalten.

Zweitens: Aus der präventiven Grundorientierung sozialliberaler Ansätze folgt eine ausgeprägt individualistische Konstruktion sozialpolitischer Leistungen. Jeder kann tatsächlich, wie es im Sprichwort heißt, selbst zu »seines Glückes Schmied« werden, und es kommt dann, wenn diese pointiert anti-paternalistische Prämisse akzeptiert ist, allerdings maßgeblich darauf an, wieviel von dem Schmiedeeisen und -feuer von dritter Seite bereitgestellt wird. »Was« indes geschmiedet wird und worin jenes »Glück« besteht, *das* zu bestimmen, ist ausschließlich die Sache von Individuen, die diese freie Entscheidung im Bewusstsein ihrer Verantwortung gegenüber ihrem eigenen zukünftigen Ich sowie ggf. einer kleinen Zahl mitbetroffener Personen treffen sollen. Durch diese Prämisse der individuellen »Eigenverantwortung« unterscheidet sich liberale Sozialpolitik von einer berufsständisch-kollektivistischen, in deren Rahmen Kosten und Leistungen von den Angehörigen einer »Versichertengemeinschaft« zum »solidarischen« Ausgleich zu bringen sind. Der Stilwandel der Politik lässt sich hier beschreiben als die Verabschiedung der Idee staatlich organisierter Problemlösungen, die einer Vielzahl von gesetzlich typisierten Klientelgruppen angeboten werden. An deren Stelle tritt für sozialliberale Ansätze das Politikziel, die Bürger mit ausreichend materiellen und immateriellen Ressourcen auszustatten, die sie benötigen, um ihre Probleme nach eigener freier und verantwortlicher Entscheidung zu bewältigen. Dabei ist gewiss nicht auszuschließen, dass die so ausgestatteten Bür-

ger mit ihrer Lebensplanung scheitern – sei es aus Gründen, die mit einem zurechenbaren Mangel an Umsicht und Klugheit zusammenhängen, sei es aus anderen Gründen. Nissan und LeGrand fassen diese moralische Grundintuition des Sozialliberalismus treffend zusammen: »What counts is that everyone gets their opportunity. Thereafter, as in many other aspects of life, it should be up to them.«

Drittens: Des Weiteren ergibt sich aus der präventiven Grundorientierung das vergleichsweise sehr viel größere Gewicht von Dienstleistungen (und entsprechenden Infrastruktureinrichtungen, z.B. für Kinderbetreuung oder Weiterbildung) im Gegensatz zu den *ex post* gelieferten und vorwiegend monetären Leistungen des Bismarck'schen Wohlfahrtsstaates. Sozialliberale Sozialpolitik verwendet ihre Mittel auf Dienstleistungen, die der jüngeren und mittleren Generation zugute kommen, während die sozialkonservative kontinentaleuropäische Sozialpolitik zu erheblichem Anteil ihres Gesamthaushalts Geld an die ältere Generation auszahlt. Dieser Gegensatz hängt mit dem sozialliberalen Merkmal »Individualismus« insofern zusammen, als die Inanspruchnahme von Diensten vom *Klienten* initiiert wird und Dienste nach dem arbeitssoziologischen Merkmal der »Klientenmitwirkung« immer in Koproduktion genutzt werden, wobei stets (z.B. bei Kinderbetreuung, weiterführenden Schulen, Beratungsangeboten aller Art, Erwerb beruflicher Qualifikationen) die Entscheidung und das individuelle Engagement bzw. die Nutzerkompetenz des Leistungsempfängers vorausgesetzt werden.

Viertens: Eine weitere Differenz besteht darin, dass sich die *ex ante* operierende sozialliberale Sozialpolitik vornehmlich und in universalistischer Manier an den *Bürger* richtet, während im Mittelpunkt der kontinentaleuropäischen Tradition der *Arbeitnehmer* mit seinen durch Erwerbstätigkeit erworbenen Ansprüchen

steht, bzw. der *Arme* mit seinen gesetzlich definierten Anspruchsvoraussetzungen und Bedarfen. Die Orientierung am »Sozialbürger« und seinen Rechten (»*social citizenship*«) dominiert schon deswegen, weil eine vorsorgende und dienstleistende, aber auf vormundschaftliche Typisierung und Standardisierung der Lebensweise verzichtende Sozialpolitik gar nicht wissen kann und zu lenken beansprucht, was genau aus ihren Klienten einmal werden kann, soll oder wird. Sie stellt lediglich vorsorgend und bevorschussend sicher, dass die Entscheidungsfreiheit der Klienten keine bloß nominelle bleibt.

Fünftens: Damit hängt ein weiterer Gegensatz zusammen, der zwischen der Beitragsfinanzierung kontinentaler und der Steuerfinanzierung liberaler Sozialversicherungssysteme, wie sie exemplarisch im britischen *National Health Service* (NHS) ausgebildet ist. Insofern steht nicht nur auf der Leistungsseite der Systeme die Figur des »Bürgers«, sondern ebenso auf der Aufbringungsseite, wo er nicht nur in seiner Eigenschaft als Arbeitnehmer, sondern ggf. auch in der des Konsumenten, des Vermieters, des Anlegers von Kapitalien oder als Erbe nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit steuerlich in Anspruch genommen wird (oder doch werden kann). Insofern weisen beide Varianten gesundheitspolitischer Reformbestrebungen, die z.Zt. in Deutschland diskutiert werden, nämlich »Bürgerversicherung« und »Kopfprämie«, Eigenschaften sozialliberalen sozialpolitischen Denkens auf.

An dieser Stelle ist jedoch ein Vorbehalt klar zu benennen. Jede am Grundsatz der öffentlichen Optionsvorsorge orientierte Politik der Egalisierung von Chancen und der »aktivierenden« Einwirkung auf diejenigen, die diese Chancen dann nutzen sollen, setzt auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes an. Sie sucht nach Strategien, die es im Erfolgsfalle erlauben, das Erwerbspotenzial besser zu mobilisieren

und auszuschöpfen, als es gegenwärtig z.B. am deutschen Arbeitsmarkt faktisch gelingt. Dabei ist die gedankliche Voraussetzung die, dass die Optionen tatsächlich *gegeben* sind oder zumindest von den Individuen mit gebührender Anstrengung und in angemessener Zeit erschlossen werden können. Diese Anstrengungen sollen mit dem Instrumentarium negativer (»Fordern«) und positiver (»Fördern«) Sanktionen für die Individuen angeregt werden, etwa durch verbesserte Chancen für Humankapitalbildung und den Erwerb der qualifikatorischen Grundvoraussetzungen für die »Marktgängigkeit« der Arbeitskraft (*employability*). Die Denkvoraussetzung ist, salopp gesagt: In der Wand, gegen die man die Leute mit einer Mischung aus drohenden und ermunternden Signalen treibt, muss es eine Tür geben, durch die der Weg in ein selbstbestimmtes und zugleich zureichend gesichertes Erwerbsleben führt.

Diese gedankliche Voraussetzung ist indes nicht in selbst-evidenter Weise immer und überall erfüllt, weil sich nicht zwangsläufig für jedes noch so flexible Angebot eine Nachfrage findet. Es könnte sich statt dessen auch so verhalten, dass die Absorptionskapazität »reifer« und »offener« Ökonomien für Arbeitskraft, Humankapital und auch Sachkapital hinter dem Niveau dauerhaft und schlimmstenfalls sogar in zunehmendem Maße zurückbleibt, das für die Realisierung egalitär verteilter Chancen und Optionen, sei es an den Märkten für Arbeit oder denen für Kapital, vorauszusetzen wäre. Die Streitfrage ist also: Ist in technologisch fortgeschrittenen und zugleich gegenüber dem internationalen Wettbewerb geöffneten Volkswirtschaften die Zielvorstellung der »Vollbeschäftigung« (von Arbeit und Kapital) überhaupt noch ein realistisches Ziel, wenn die Erträge dieser Faktoren (Löhne und Kapital-Renditen) im Aggregat jenes Minimum nicht unterschreiten sollen, das erforderlich ist, um aus den Einkommen

der jeweils aktuell Erwerbstätigen nicht nur deren eigene Lebensbedürfnisse zu befriedigen, sondern auch die sowohl der nachwachsenden wie der aus dem Erwerbsleben bereits ausgeschiedenen Generationen? Nur unter der Voraussetzung, dass diese Frage mit guten Gründen positiv beantwortet werden kann, macht eine Strategie Sinn, die auf Hilfestellungen für die Aktivierung, Kommodifizierung und Mobilisierung der Faktoren für marktliche Erwerbszwecke setzt. Wird diese Voraussetzung dagegen fraglich, wäre es im besten Falle unbedacht (und im schlechtesten zynisch), an der Egalisierung des Zuganges zu Optionen politisch zu arbeiten, die sich ohnehin nicht »für alle« realisieren lassen. Sollte es sich herausstellen, dass selbst unter Bedingungen einer generösen Optionsvorsorge gelingende Erwerbsbiografien nicht mehr als der orientierungsbildende Normalfall funktionieren, dann wird es notwendig sein, auf dem Wege über ein bedingungsloses Grundeinkommen die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum auch denjenigen zu garantieren, die bei ihrem Versuch dauerhaft gescheitert sind, sich diese Teilhabe durch eigene Erwerbstätigkeit zu verschaffen.

Ich möchte die Antwort auf diese vorgelagerte Streitfrage hier dahingestellt sein lassen und weiterhin im Einklang mit den Prämissen der vorherrschenden Reformpolitik davon ausgehen, dass die genannte gedankliche Voraussetzung nach wie vor Gültigkeit beanspruchen kann. Jedenfalls steht und fällt die Schlüssigkeit sozialliberaler Ansätze in der Gesellschaftspolitik mit einer begründbar positiven Antwort auf die beiden Fragen, ob (a) bei den Bürgern ein nachhaltiges und hinreichend weitsichtiges Interesse an ihrer eigenen Autonomie vorausgesetzt werden kann und ob vor allem (b) dieses Interesse auf angemessene Realisierungschancen am Arbeitsmarkt und generell im Wirtschaftsleben trifft.

(Auszug aus dem Buch *Die Teilhabe-Gesellschaft. Modell eines neuen Wohlfahrtsstaates* von Gerd Grözinger, Michael Maschke und Claus Offe, das 2006 im CAMPUS-VERLAG erschien.)

Claus Offe (*1940) gehört seit seiner Emeritierung an der HU Berlin im Jahr 2005 zum Professorium der Hertie School of Governance.
offe@hertie-school.org

Peter Pragal

Die »Freiburger Thesen« als Richtschnur

Zur Geschichte der sozialliberalen Koalition

Das schmale Bändchen aus dem Frankfurter s. FISCHER VERLAG hatte nur 96 Seiten. Aber die bargen politische Sprengkraft. *Noch eine Chance für die Liberalen Oder: die Zukunft der Freiheit* lautete der Titel. Darunter: »Eine Streitschrift.« Das Taschenbuch, das wegen der Farbe des Einbandes von begeisterten Lesern bald »grüne Bibel« genannt wurde, avancierte

zum Leitfaden von Bürgern in und außerhalb der FDP, die sich als Sozial- oder Linksliberale verstanden und die Partei in diesem Sinne nachhaltig zu verändern suchten.

Autor des Manifestes war Karl-Hermann Flach. Der gebürtige Ostpreuße, der nach Gründung der DDR von Schwerin nach West-Berlin geflohen war, hatte von